P. PETTERSON / BLACK STAR

Mbeki, Wahlhelferin Winnie Mandela

SÜDAFRIKA

Griff nach der totalen Macht

Die überraschend deutliche Parlamentsmehrheit für den neuen südafrikanischen Staats- und Regierungschef Thabo Mbeki löst am Kap Besorgnis aus. Vor allem Weiße, aber auch ausländische Beobachter befürchten, daß Mbekis Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) seine Mehrheit dazu mißbrauchen könnte, die politischen Verhältnisse im Land umzukehren. Nicht nur Betonköpfe aus der mit gut sieben Prozent weit abgeschlagenen Neuen Nationalen Partei warnen davor, daß unter Mbeki die Schwarzen schon bald die Weißen benachteiligen könnten. Mbeki hatte kürzlich gesagt, es gebe in Südafrika „zu viel Versöhnlichkeit". Zudem hatten ANC-Strategen in einem Positionspapier verlangt, die Partei müsse die volle Kontrolle über alle Machtzentren gewinnen: „Armee, Polizei, Öffentlicher Dienst, Geheimdienst, Gerichtswesen, Staatsunternehmen, öffentlich-rechtliches Fernsehen und Radio, Notenbank und so weiter." Mit einer Zweidrittelmehrheit könnte der ANC eine Verfassungsänderung durchsetzen. Dann könnten radikale Kräfte in der Partei, zu denen auch Mandelas Ex-Frau Winnie zählt, vorantreiben, was ANC-Funktionäre schon lange durchsetzen wollen: die Bevorzugung von Schwarzen in allen Bereichen, weniger Macht für die Provinzen zum Vorteil der ANC-Zentralregierung und eine Landreform auf Kosten der weißen Farmer. Mbeki, der am 16. Juni als Staatschef vereidigt wird, bestreitet solche Absichten. Wenn er die Radikalen aber nicht einbindet, riskiert er eine Spaltung des ANC. Um die dringend benötigten weißen Investoren nicht zu vergraulen, gab sich der neue starke Mann besonnen. Mbeki versicherte, „alle Bürger, egal ob schwarz oder weiß", könnten sich weiterhin in Südafrika „zu Hause fühlen". Und: „Wir werden unsere Macht nicht mißbrauchen."

AFP / DPA

Andrang vor einem Wahllokal bei Durban

USA

Al Gore legt sich mit Waffenlobby an

Die Clinton-Regierung hat geschafft, was im Land der rauchenden Colts bislang als schlichtweg unmöglich galt: die mächtige Waffenlobby zu spalten. Grund für den Zwist ist die im Senat mit einer einzigen Stimme Mehrheit durchgeboxte Verschärfung der Waffengesetze. Wenn das Repräsentantenhaus zustimmt, soll die Personenüberprüfung von Käufern, wie sie bislang nur bei lizenzierten Händlern vorgeschrieben ist, auch auf Waffenmessen und bei Pfandleihern durchgeführt werden. Dort konnten Waffen bislang unbemerkt in die Hände von Minderjährigen gelangen. Die National Rifle Association (NRA), eine Art ADAC der Waffenbesitzer, die freien Waffenkauf für freie Bürger fordert, gibt der Industrie die Schuld an dieser Niederlage: Deren Kompromißkurs habe zu der Schlappe der Gun-Lobby im Senat geführt. Bislang hatte die NRA – auch durch erhebliche Zuwendungen an Politiker – meist eine stärkere Waffenkontrolle verhindern können. Doch nach dem Massaker von Littleton, bei dem im April zwei Jugendliche zwölf Mitschüler, einen Lehrer und sich selbst erschossen, scherten die Waffenhersteller aus. Bei einem Treffen im Weißen Haus signalisierten sie Präsident Bill Clinton ihr Entgegenkommen. Vor allem renommierte Hersteller von Handfeuerwaffen wie Colt und Smith & Wesson, mit deren Produkten viele Verbrechen begangen werden, sind um ihr Ansehen besorgt. Dennoch wäre die Initiative der Demokraten fast gescheitert. Im republikanisch dominierten Senat erreichte der Vorschlag nur ein 50:50-Votum. Die fehlende Stimme lieferte dann Vizepräsident Al Gore, der auch Senatsvorsitzender ist. Für Gore kam diese Profilierungschance wie gerufen. Der eher farblose Präsidentschaftsanwärter will sich im Wahlkampf als Garant für Sicherheit und Familienwerte empfehlen.

GAMMA / STUDIO X

REUTERS

NRA-Treffen in Arizona, Wahlkämpfer Gore